

# Landesparteitag der SPD Berlin am 11. Oktober 2008

## Bildung

(Lfd.-Nr. 1043)

Antrag Nr. 30/II/08  
KDV Neukölln

Stand: 13.10.2008

### Schule und Schulpflicht Grundstein der gesellschaftlichen Integration

1 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

2 **1. Gesellschaftliche Verhältnisse und Bildungsferne**

3 Die Bundesrepublik Deutschland wendet jährlich fast 30 %  
4 ihres Bruttoinlandsproduktes für Sozialleistungen auf. Nur Dä-  
5 nemark, Schweden und Frankreich liegen vor uns. Bei den fa-  
6 milienpolitischen Leistungen ist es ähnlich. Während Deutsch-  
7 land 3 % des Bruttosozialproduktes in diesem Bereich inves-  
8 tiert, liegt der Schnitt aller OECD-Staaten zwischen 2,0 und  
9 2,4 %.

10  
11 Trotz dieser enormen finanziellen Anstrengungen bleibt der  
12 Erfolg aus. Bei den familienpolitischen Indikatoren wie Gebur-  
13 tenraten, Betreuungsdienstleistung für Kinder, Kinderarmut,  
14 Einkommensgerechtigkeit und Bildungsentwicklung der Kinder  
15 nimmt Deutschland vor Korea und der Slowakei den drittletz-  
16 ten Platz unter allen OECD-Staaten ein. Obwohl andere Staaten  
17 weniger Geld aufwenden, sind sie im Mitteleinsatz effektiver  
18 und nachhaltig wirkungsvoller. Dies hat seine Ursache darin,  
19 dass in Deutschland nur zwischen 20 bis 25 % der gesamten  
20 Aufwendungen auf Dienstleistungen, also die institutionelle  
21 Förderung der Familien entfallen, während es in den erfolgrei-  
22 chen Ländern 40 bis 50 % sind.

23  
24 Die Sozialindikatoren verhalten sich nicht anders. Das Ausein-  
25 anderdriften der gesellschaftlichen Schichten nimmt zu, der  
26 Anteil marginalisierter Gruppen steigt und eine Verstetigung,  
27 ja sogar der Aufwuchs der Unterschichtmilieus ist nicht zu  
28 übersehen. Die aktuelle Studie Monitoring soziale Stadtent-  
29 wicklung 2007 spricht von immer mehr Menschen mit immer  
30 mehr Problemen in fest gefügten Gebieten gegenüber Gebie-  
31 ten mit Menschen mit immer weniger Problemen. „Es gibt in  
32 Berlin eine gesplante Kindheit“, formuliert die Studie. Betrof-  
33 fen hiervon sind insbesondere die Regionen, die von starker  
34 Migration geprägt sind, weil gerade die zugezogene Landbe-  
35 völkerung den bildungsfernen Schichten zugerechnet werden  
36 muss.

37  
38 Stadtgebiete, in denen der Bevölkerungsanteil mit Menschen  
39 in prekären Lebenslagen das öffentliche, institutionelle und  
40 soziale Leben bestimmt, nennt das Sozialmonitoring Gebiete  
41 mit sozialer Ausgrenzungstendenz. In Neukölln ist dies der Be-  
42 reich vom Hermannplatz bis zum Teltowkanal: ein geschlosse-  
43 nes Gebiet mit 150.000 Einwohnern. Hierfür gibt es weder in  
44 Berlin noch in Deutschland eine Parallele. Die Folgen sind der  
45 höchste Anteil an Bedarfsgemeinschaften des SGB II je 1.000  
46 Einwohner und die höchste Verschuldungsquote der Bevölke-  
47 rung Deutschlands, wie auch unrühmliche Spitzenwerte Ber-  
48 lins bei den Schulabgängern ohne qualifizierten Abschluss oder  
49 den jugendlichen Serienstraftätern.

50  
51 Das Schlüsselwort heißt Bildungsferne. Sie beginnt im Eltern-  
52 haus, setzt sich über mangelhafte oder nicht stattfindende  
53 frühkindliche und vorschulische Erziehung fort, stabilisiert sich  
54 mit unregelmäßigem und nachlässigem Schulbesuch. Die Ver-  
55 mittlung und Aufnahme von Normen und Werten bleibt man-

### Beschluß des Landesparteitages

#### Schule und Schulpflicht - Grundstein der gesellschaftlichen Integration

**1. Gesellschaftliche Verhältnisse und Bildungsferne**

Die Bundesrepublik Deutschland wendet jährlich fast 30 % ihres Bruttoinlandsproduktes für Sozialleistungen auf. Nur Dänemark, Schweden und Frankreich liegen vor uns. Bei den familienpolitischen Leistungen ist es ähnlich. Während Deutschland 3 % des Bruttosozialproduktes in diesem Bereich investiert, liegt der Schnitt aller OECD-Staaten zwischen 2,0 und 2,4 %.

Trotz dieser enormen finanziellen Anstrengungen bleibt der Erfolg aus. Bei den familienpolitischen Indikatoren wie Geburtenraten, Betreuungsdienstleistung für Kinder, Kinderarmut, Einkommensgerechtigkeit und Bildungsentwicklung der Kinder nimmt Deutschland vor Korea und der Slowakei den drittletzten Platz unter allen OECD-Staaten ein. Obwohl andere Staaten weniger Geld aufwenden, sind sie im Mitteleinsatz effektiver und nachhaltig wirkungsvoller. Dies hat seine Ursache darin, dass in Deutschland nur zwischen 20 bis 25 % der gesamten Aufwendungen auf Dienstleistungen, also die institutionelle Förderung der Familien entfallen, während es in den erfolgreichen Ländern 40 bis 50 % sind.

Die Sozialindikatoren verhalten sich nicht anders. Das Auseinanderdriften der gesellschaftlichen Schichten nimmt zu, der Anteil marginalisierter Gruppen steigt und eine Verstetigung, ja sogar der Aufwuchs der Unterschichtmilieus ist nicht zu übersehen. Die aktuelle Studie Monitoring soziale Stadtentwicklung 2007 spricht von immer mehr Menschen mit immer mehr Problemen in fest gefügten Gebieten gegenüber Gebieten mit Menschen mit immer weniger Problemen. „Es gibt in Berlin eine gesplante Kindheit“, formuliert die Studie. Betroffen hiervon sind insbesondere die Regionen, die von starker Migration geprägt sind.

Stadtgebiete, in denen der Bevölkerungsanteil mit Menschen in prekären Lebenslagen das öffentliche, institutionelle und soziale Leben bestimmt, nennt das Sozialmonitoring Gebiete mit sozialer Ausgrenzungstendenz. In Neukölln ist dies der Bereich vom Hermannplatz bis zum Teltowkanal: ein geschlossenes Gebiet mit 150.000 Einwohnern. Hierfür gibt es weder in Berlin noch in Deutschland eine Parallele. Die Folgen sind der höchste Anteil an Bedarfsgemeinschaften des SGB II je 1.000 Einwohner und die höchste Verschuldungsquote der Bevölkerung Deutschlands, wie auch unrühmliche Spitzenwerte Berlins bei den Schulabgängern ohne qualifizierten Abschluss oder den jugendlichen Serienstraftätern.

Das Schlüsselwort heißt Bildungsferne. Sie beginnt im Elternhaus, setzt sich über mangelhafte oder nicht stattfindende frühkindliche und vorschulische Erziehung fort, stabilisiert sich mit unregelmäßigem und nachlässigem Schulbesuch. Die Vermittlung und Aufnahme von Normen und Werten bleibt mangelhaft. Als Folge machen

## Landesparteitag der SPD Berlin am 11. Oktober 2008

56 gelhaft. Als Folge machen fehlende Berufsausbildung und  
57 Langzeitarbeitslosigkeit das Sozialsystem zur alleinigen Le-  
58 bensgrundlage, die normenartig prägend auf die Kinder über-  
59 tragen wird.

60

### 61 **2. Schule als gesellschaftlicher Reparaturbetrieb**

62 Die politische und gesellschaftliche Diskussion im vergangenen  
63 Jahr war und ist von bildungs- und jugendpolitischen Themen  
64 bestimmt. Wann immer die großen Themen der Integration,  
65 der Lebenschancen von Jugendlichen, aber auch der Jugendkri-  
66 minalität und der Jugendgewalt aufgegriffen werden, wird der  
67 Schule bzw. dem Bildungssystem vom Kindergarten aufwärts  
68 eine Schlüsselrolle zugewiesen. Es gilt die Grundannahme, dass  
69 die Eltern von Kindern und Jugendlichen mit Verhaltensauffäl-  
70 ligkeiten zum großen Teil entweder an der Integration ihrer  
71 Kinder desinteressiert oder mit ihrem Erziehungsauftrag über-  
72 fordert sind. Also wachsen die Ansprüche an das Bildungssys-  
73 tem. Die Schule soll reparieren, woran die Familie gescheitert  
74 ist.

75

76 Nicht erst die Pisa-Studie belegt, dass auch die Schule mit die-  
77 ser Erwartung überfordert ist. Bei einer großen Zahl normal  
78 begabter Jugendlicher gelingt es der Schule nicht, die Voraus-  
79 setzungen für einen erfolgreichen Einstieg in Ausbildung und  
80 Beruf zu schaffen. Hauptleidtragende sind Jugendliche mit Mi-  
81 grationshintergrund. Sie sind an Gymnasien mit landesweit  
82 unter 20 % unterrepräsentiert und an Hauptschulen überre-  
83 präsentiert (Beispiel Neukölln: 74 %). Weniger als 5 Prozent von  
84 ihnen gelingt es, nach der Schule einen betrieblichen Ausbil-  
85 dungsplatz zu finden.

86

87 Sozialdemokratische Politik muss diese Zahlen als Ausweis  
88 eines eklatanten gesellschaftlichen Versagens erkennen. Inte-  
89 gration ist zuerst ökonomische Integration. Ein Bildungssys-  
90 tem, das eine Negativauslese in die sozialen Sicherungssys-  
91 teme zum Ergebnis hat, ist Verrat an der Zukunft. Bildung  
92 muss emanzipatorisch wirken. Sie muss wieder zur Schwung-  
93 feder gesellschaftlicher Teilhabe werden und die Menschen  
94 befähigen, sich aus einer „sedativen Transferlogik“ (Andrea  
95 Nahles) zu lösen. Mit dem Ausbau der Ganztagsbetreuung, der  
96 Absenkung von Klassenfrequenzen und dem Einstieg in die  
97 Gemeinschaftsschule sind erste Schritte getan. Weitere müs-  
98 sen folgen. Das Leuchtturm-Projekt Campus Rütli kann einer  
99 modernen Bildungspolitik den Weg weisen.

100

101 Die Fähigkeit der Schule, Kinder und Jugendliche auf ihren Le-  
102 bensweg vorzubereiten, wird durch Schulverweigerung zu-  
103 sätzlich gefährdet. Schulverweigerung ist nicht nur illegal.  
104 Sondern sie führt dazu, dass gerade diejenigen, die gezielte  
105 Förderung am nötigsten brauchen, nicht erreicht werden.  
106 Schulverweigerung ist ein besonders deutliches Warnzeichen  
107 für drohende Desintegration. Nicht jeder Schulverweigerer  
108 wird kriminell. Aber alle Intensivtäter Berlins haben ihre krimi-  
109 nelle Karriere als Schulverweigerer begonnen. Schulverweige-  
110 rung ist deshalb mehr als ein Problem für den gesellschaftli-  
111 chen Entwicklungsprozess, der von Schulen ausgehen soll. Der  
112 Kampf gegen Schulverweigerung ist auch ein entscheidender  
113 Beitrag zur Kriminalprävention und damit zum präventiven  
114 Opferschutz.

115

116

fehlende Berufsausbildung und Langzeitarbeitslosigkeit  
das Sozialsystem zur alleinigen Lebensgrundlage, die nor-  
menartig prägend auf die Kinder übertragen wird.

### **2. Schule als gesellschaftlicher Reparaturbetrieb**

Die politische und gesellschaftliche Diskussion im ver-  
gangenen Jahr war und ist von bildungs- und jugendpoli-  
tischen Themen bestimmt. Wann immer die großen The-  
men der Integration, der Lebenschancen von Jugendli-  
chen, aber auch der Jugendkriminalität und der Jugend-  
gewalt aufgegriffen werden, wird der Schule bzw. dem  
Bildungssystem vom Kindergarten aufwärts eine Schlüs-  
selrolle zugewiesen. Es gilt die Grundannahme, dass die  
Eltern von Kindern und Jugendlichen mit Verhaltensauffäl-  
ligkeiten zum großen Teil entweder an der Integration  
ihrer Kinder desinteressiert oder mit ihrem Erziehungs-  
auftrag überfordert sind. Also wachsen die Ansprüche an  
das Bildungssystem. Die Schule soll reparieren, woran die  
Familie gescheitert ist.

Nicht erst die Pisa-Studie belegt, dass auch die Schule mit  
dieser Erwartung überfordert ist. Bei einer großen Zahl  
normal begabter Jugendlicher gelingt es der Schule nicht,  
die Voraussetzun-gen für einen erfolgreichen Einstieg in  
Ausbildung und Beruf zu schaffen. Hauptleidtragende  
sind Jugendliche mit Migrationshintergrund. Sie sind an  
Gymnasien mit landesweit unter 20 % unterrepräsentiert  
und an Hauptschulen überrepräsentiert (Beispiel Neu-  
kölln: 74 %). Weniger als 5 Prozent von ihnen gelingt es,  
nach der Schule einen betrieblichen Ausbildungsplatz zu  
finden.

Sozialdemokratische Politik muss diese Zahlen als Aus-  
weis eines eklatanten gesellschaftlichen Versagens er-  
kennen. Integration ist zuerst ökonomische Integration.  
Ein Bildungssystem, das eine Negativauslese in die sozia-  
len Sicherungssysteme zum Ergebnis hat, ist Verrat an der  
Zukunft. Bildung muss emanzipatorisch wirken. Sie muss  
wieder zur Schwungfeder gesellschaftli-cher Teilhabe  
werden und die Menschen befähigen, sich aus einer „se-  
dativen Transferlogik“ (Andrea Nahles) zu lösen. Mit dem  
Ausbau der Ganztagsbetreuung, der Absenkung von Klas-  
senfrequenzen und dem Einstieg in die Gemein-  
schaftsschule sind erste Schritte getan. Weitere müssen  
folgen. Das Leuchtturm-Projekt Campus Rütli kann einer  
modernen Bildungspolitik den Weg weisen.

Die Fähigkeit der Schule, Kinder und Jugendliche auf ihren  
Lebensweg vorzubereiten, wird durch Schulverweigerung  
zusätzlich gefährdet. Schulverweigerung ist nicht nur ille-  
gal. Sondern sie führt dazu, dass gerade diejenigen, die  
gezielte Förderung am nötigsten brauchen, nicht erreicht  
werden. Schulverweigerung ist ein besonders deutliches  
Warnzeichen für drohende Desintegration. Nicht jeder  
Schulverweigerer wird kriminell. Aber alle Intensivtäter  
Berlins haben ihre kriminelle Karriere als Schulverweige-  
rer begonnen. Schulverweigerung ist deshalb mehr als ein  
Problem für den gesellschaftlichen Entwicklungsprozess,  
der von Schulen ausgehen soll. Der Kampf gegen Schul-  
verweigerung ist auch ein entscheidender Beitrag zur Kri-

## Landesparteitag der SPD Berlin am 11. Oktober 2008

117 Dabei wäre es falsch, Schulverweigerung als eine begrenzte  
118 Fehlentwicklung zu betrachten, die als Einzeltatbestand effek-  
119 tiv bekämpft werden kann. Schulverweigerung ist ein Sym-  
120 ptom für gesamtgesellschaftliche Fehlentwicklungen: für die  
121 Unfähigkeit des Bildungssystems, einem Teil der Jugendlichen  
122 Perspektiven aufzuzeigen, für die Unfähigkeit der Wirtschaft,  
123 diese Jugendlichen als Arbeitskräfte aufzunehmen, für das  
124 Fehlen emanzipierter, auf eigenen Füßen stehender Vorbilder  
125 in der Elterngeneration, für die Ratlosigkeit, die Bequemlichkeit  
126 oder sogar die Bildungsfeindlichkeit von Eltern, die ihre Kinder  
127 nicht zum Schulbesuch anhalten, für die viel zu oft mangelnde  
128 Bereitschaft staatlicher Autorität (Schule, Schulamt, Jugend-  
129 amt, Gerichte), die selbst definierten Regeln durchzusetzen.

130

### 131 **3. Problembewusstsein ist vorhanden**

132 Dabei hat das Land Berlin den Handlungsbedarf erkannt. Erg-  
133 ergänzend zur Arbeit der von der Jugendhilfe bestellten Famili-  
134 enhelfer, arbeiten viele Schulen mit Freien Trägern zusammen,  
135 die Schulverweigerer direkt ansprechen und zu Hause aufsu-  
136 chen. Das neue Schulgesetz hat das in Neukölln entwickelte  
137 Verfahren, Schulverweigerer ggf. von der Polizei zuführen zu  
138 lassen, landesweit verbindlich gemacht. Die erkennbare Di-  
139 stanz der Polizei gegenüber dieser Ordnungsaufgabe ist aller-  
140 dings nicht hilfreich. Dass mit der polizeilichen Abholung und  
141 Zuführung auch negative Aufmerksamkeit von Seiten Dritter  
142 verbunden ist, wird als zusätzlicher erzieherischer Effekt  
143 durchaus billigend in Kauf genommen. Zur Abwicklung von  
144 Bußgeldverfahren nach Schulversäumnisanzeigen hat das  
145 Amtsgericht Tiergarten die Zuständigkeit von den Verkehrs-  
146 auf die Jugenddezernate übertragen, deren Richterschaft die  
147 Gefährdung von Kindern und Jugendlichen in bereits gerichts-  
148 bekannten Familien und damit die Notwendigkeit einer frühen  
149 und entschiedenen Intervention wesentlich besser einschätzen  
150 kann.

151

### 152 **4. Grundproblem nicht gelöst**

153 Trotz dieser Fortschritte ist das Grundproblem nicht gelöst.  
154 Hartnäckige Schulverweigerung gibt es in Einzelfällen an allen  
155 Schultypen. An Grundschulen aber ist sie ein besonders wichti-  
156 ges Warnzeichen. Z.B. gehören an den Grundschulen im Nor-  
157 den Neuköllns insgesamt knapp hundert Kinder zu der gefähr-  
158 deten Gruppe häufiger oder hartnäckiger Schulverweigerer. An  
159 Hauptschulen sind es bis zu 20 % der Schülerinnen und Schüler,  
160 die entweder nur teilweise oder gar nicht am Unterricht teil-  
161 nehmen. Dabei sind die Erscheinungsformen der Schulverwei-  
162 gerung fließend. Zwischen regelmäßigem Zuspätkommen und  
163 dem vollständigen Fernbleiben sind alle Zwischenstufen der  
164 Abwesenheit verbreitet.

165

166 Es liegt auf der Hand, dass die Häufigkeit von Schulverweige-  
167 rung an Hauptschulen in der sozialen Zusammensetzung der  
168 Schülerschaft und in den besonderen Problemen dieses Schul-  
169 typs mit begründet ist. An manchen Hauptschulen sind bis zu  
170 95 % der Schülerinnen und Schüler von der Lernmittel-Zuzah-  
171 lung befreit. Das heißt, dass nur eine verschwindend kleine  
172 Minderheit in Haushalten aufwächst, in denen die Elterngene-  
173 ration über ein Erwerbs-einkommen verfügt. Gleichzeitig ge-  
174 lingt es Hauptschülern nur in seltenen Ausnahmen, von der  
175 Schule direkt in ein betriebliches Ausbildungsverhältnis über-  
176 zugehen - und das obwohl die IHK in ihrem Jahresbericht für  
177

minalprävention und damit zum präventiven Opfer-  
schutz.

Dabei wäre es falsch, Schulverweigerung als eine be-  
grenzte Fehlentwicklung zu betrachten, die als Einzeltat-  
bestand effektiv bekämpft werden kann. Schulverweige-  
rung ist ein Symptom für gesamtgesellschaftliche Fehl-  
entwicklungen: für die Unfähigkeit des Bildungssystems,  
einem Teil der Jugendlichen Perspektiven aufzuzeigen, für  
die Unfähigkeit der Wirtschaft, diese Jugendlichen als Ar-  
beitskräfte aufzunehmen, für das Fehlen emanzipierter,  
auf eigenen Füßen stehender Vorbilder in der Elterngene-  
ration, für die Ratlosigkeit, die Bequemlichkeit oder sogar  
die Bildungsfeindlichkeit von Eltern, die ihre Kinder nicht  
zum Schulbesuch anhalten, für die viel zu oft mangelnde  
Bereitschaft staatlicher Autorität (Schule, Schulamt, Ju-  
gendamt, Gerichte), die selbst definierten Regeln durch-  
zusetzen.

### 3. Problembewusstsein ist vorhanden

Dabei hat das Land Berlin den Handlungsbedarf erkannt.  
Ergänzend zur Arbeit der von der Jugendhilfe bestellten  
Familienhelfer, arbeiten viele Schulen mit Freien Trägern  
zusammen, die Schulverweigerer direkt ansprechen und  
zu Hause aufsuchen. Das neue Schulgesetz hat das in  
Neukölln entwickelte Verfahren, Schulverweigerer ggf.  
von der Polizei zuführen zu lassen, landesweit verbindlich  
gemacht. Die erkennbare Distanz der Polizei gegenüber  
dieser Ordnungsaufgabe ist allerdings nicht hilfreich.  
Dass mit der polizeilichen Abholung und Zuführung auch  
negative Aufmerksamkeit von Seiten Dritter verbunden  
ist, wird als zusätzlicher erzieherischer Effekt durchaus  
billigend in Kauf genommen. Zur Abwicklung von Buß-  
geldverfahren nach Schulversäumnisanzeigen hat das  
Amtsgericht Tiergarten die Zuständigkeit von den Ver-  
kehrs- auf die Jugenddezernate übertragen, deren  
Richterschaft die Gefährdung von Kindern und Ju-gendli-  
chen in bereits gerichts-bekanntem Familien und damit die  
Notwendigkeit einer frühen und entschiedenen Interven-  
tion wesentlich besser einschätzen kann.

### 4. Grundproblem nicht gelöst

Trotz dieser Fortschritte ist das Grundproblem nicht ge-  
löst. Hartnäckige Schulverweigerung gibt es in Einzelfäl-  
len an allen Schultypen. An Grundschulen aber ist sie ein  
besonders wichti-ges Warnzeichen. Z.B. gehören an den  
Grundschulen im Norden Neuköllns insgesamt knapp  
hundert Kinder zu der gefährdeten Gruppe häufiger oder  
hartnäckiger Schulverweigerer. An Hauptschulen sind es  
bis zu 20 % der Schülerinnen und Schüler, die entweder  
nur teilweise oder gar nicht am Unterricht teilnehmen.  
Dabei sind die Erscheinungsformen der Schulverweige-  
rung fließend. Zwischen regelmäßigem Zuspätkommen  
und dem vollständigen Fernbleiben sind alle Zwischen-  
stufen der Abwesenheit verbreitet.

Es liegt auf der Hand, dass die Häufigkeit von Schulver-  
weigerung an Hauptschulen in der sozialen Zusammen-  
setzung der Schülerschaft und in den besonderen Proble-  
men dieses Schultyps mit begründet ist. An manchen  
Hauptschulen sind bis zu 95 % der Schülerinnen und

## Landesparteitag der SPD Berlin am 11. Oktober 2008

178 2007 bereits für eine Reihe von Branchen einen Mangel an  
179 Auszubildenden prognostiziert.

180

181 Die Hauptschule, die von den meisten Eltern, Schülerinnen und  
182 Schülern als Durchgangsstation auf dem Weg zu einem Dasein  
183 als Leistungsempfänger betrachtet wird, hat weniger Möglich-  
184 keiten, Bildungs- und Leistungsbereitschaft zu wecken und zu  
185 erhalten. Niemand kann sich darüber wundern, dass gefähr-  
186 dete Jugendliche darauf auch mit Verweigerung reagieren.  
187 Dennoch kommt es (wenn auch in geringerem Umfang) auch  
188 an Realschulen und Gymnasien zu Schulverweigerung.

189

### 190 **5. Maßnahmen und Forderungen**

191 Das Massenphänomen Schulverweigerung ist durch eine bloße  
192 Verstärkung von Kontrolle und Repression nicht in den Griff zu  
193 bekommen. Eine Strategie gegen Schulverweigerung muss  
194 auch die Qualität von Schule, die Einbeziehung der Eltern und  
195 die Lebenschancen der Schülerinnen und Schüler ebenso in den  
196 Blick nehmen. Die Berliner SPD fordert deshalb ein „Landespro-  
197 gramm zur Durchsetzung der Schulpflicht“, das sich auf drei  
198 Säulen stützt: Qualität, Prävention und Konsequenz.

199

#### 200 Säule 1: Qualitätsoffensive

201 Die durch das neue Schulgesetz und den Aufbau von Ganztags-  
202 Grundschulen begonnene Qualitätsoffensive muss fort-  
203 gesetzt und verstärkt werden. Wir fordern:

- 204 • die schnellstmögliche Einführung der Gemeinschaftsschule,  
205 wobei als erster Schritt die Hauptschule abzuschaffen ist,  
206
- 207 • den Ausbau aller Schulen zu Ganztagschulen, beginnend  
208 in sozial besonders belasteten Stadtteilen,
- 209 • die Entwicklung von geeigneten Ganztags-Angeboten  
210 (auch in Zusammenarbeit mit freien Trägern) zur gezielten  
211 Unterstützung der Schülerinnen und Schüler, die zuhause  
212 keine geeignete Arbeitsumgebung finden,
- 213 • die Stärkung der Sozialraum-Orientierung der Schulen,
- 214 • Weiterbildung von Lehrerinnen und Lehrern in zielgruppe-  
215 norientierter Didaktik und im Umgang mit Schulverweiger-  
216 ern,
- 217 • mehr Lehrerinnen und Lehrer mit Migrationshintergrund  
218 in stark von Einwanderung geprägten Stadtteilen,
- 219 • Einführung von Elternkursen in der Schule mit dem Ziel,  
220 dass Eltern ihr Kind besser unterstützen, und
- 221 • die weitere Verbesserung der Betreuungssituation durch  
222 „Doppelsteckung“ oder Absenkung der Klassenfrequenzen  
223 (Beachtung des Parteitagebeschlusses zur Absenkung auf  
224 Klassenstärke 20 ab einem Anteil nichtdeutscher Her-  
225 kunftssprache von 40 %).

226

#### 227 Säule 2: Präventive Ansätze stärken

228 Angesichts der hohen Zahl einzelner Akte der Schulverweige-  
229 rung scheint die Zahl der Schulversäumnisanzeigen überra-  
230 schend niedrig (Beispiel Neukölln 2007: Grundschulen rund  
231 280, Hauptschulen 150, Gesamtschulen 140). Grundsätzlich ist  
232 es richtig, dass Lehrer und Schulleitungen zunächst versuchen,  
233 das Problem auf ihrer Ebene zu lösen. Dennoch wird auch bei  
234 Erfolglosigkeit dieses Ansatzes nicht immer die Unterstützung  
235 der Schulaufsicht gesucht. Tatsache ist: Für die Schulen ist  
236 wenig gewonnen, wenn der Kampf gegen Schulverweigerung  
237 sich darauf beschränkt, schuldistanzierte, im Einzelfall auch  
238

Schüler von der Lernmittel-Zuzahlung befreit. Das heißt,  
dass nur eine verschwindend kleine Minder-heit in Haus-  
halten aufwächst, in denen die Eltern- generation über ein  
Erwerbs- einkommen ver- fütgt. Gleichzeitig gelingt es  
Hauptschülern nur in seltenen Ausnahmen, von der  
Schule direkt in ein betriebliches Ausbildungsverhältnis  
überzugehen - und das obwohl die IHK in ihrem Jahresber-  
icht für 2007 bereits für eine Reihe von Branchen einen  
Mangel an Auszubildenden prognostiziert.

Die Hauptschule, die von den meisten Eltern, Schülerin-  
nen und Schülern als Durchgangsstation auf dem Weg zu  
einem Dasein als Leistungsempfänger betrachtet wird,  
hat weniger Möglic-keiten, Bildungs- und Leistungsbe-  
reitschaft zu wecken und zu erhalten. Niemand kann sich  
darüber wundern, dass gefährdete Jugendliche darauf  
auch mit Verweigerung reagieren. Den- noch kommt es  
(wenn auch in geringerem Umfang) auch an Realschulen  
und Gymnasien zu Schulverweigerung.

### 5. Maßnahmen und Forderungen

Bildung und Ausbildung schaffen die wesentlichen Vor-  
aussetzungen für gesellschaftliche Integration. Sie zu för-  
dern ist daher Schwerpunkt der Politik der SPD, der Partei  
der Emanzipation.

Integration ist nicht erzwingbar. Sie vollzieht sich im Rah-  
men von Angeboten zu einem erstrebenswerten gesell-  
schaftlichen Aufstieg. Hier hat die deutsche Gesellschaft  
Immigrantinnen und Immigranten viel zu bieten. Repres-  
sive Mittel haben in der Integrationspolitik geringe Be-  
deutung. Wenn sie darauf hinauslaufen, Migrantinnen  
und Migranten zu Menschen minderen Rechts zu machen,  
verbieten sie sich.

Umgekehrt aber machen Angebote keinen Sinn, wenn sie  
nicht angenommen werden. Hier definiert sich der Sinn  
der Repression als ein Mittel, die Angebote zur gesell-  
schaftlichen Integ-ration auch effektiv zu machen und die  
Grenzen der Toleranz gegenüber Verweigerung zur ge-  
sellschaftlichen Teilhabe aufzuzeigen.

Für Schule und Bildung gelten diese Prinzipien in beson-  
derem Maße:

Die besten schulischen Angebote machen keinen Sinn,  
wenn sie nicht wahrgenommen werden. Umgekehrt wird  
die Pflicht zum Schulbesuch nur dann effektiv, wenn die  
dort erworbenen und entwickelten Fertigkeiten und Fä-  
higkeiten zum gesellschaftlichen Aufstieg taugen, also ein  
Leben ohne materielle Not und in gesellschaftlicher Ach-  
tung ermöglichen.

Deshalb fordern wir einerseits deutlich verbesserte Ange-  
bote - aber auch Maßnahmen zur Durchsetzung der  
Schulpflicht. Die im Interesse der Kinder und Jugendlichen  
notwendige An- strengung soll als Landesprogramm defi-  
niert und umgesetzt werden.

Die Fachausschüsse IV / Familien-, Kinder und Jugendpo-  
litik, V / Stadt des Wissens - AG Schule und III / Inneres  
werden aufgefordert, ein bildungspolitisches Konzept

## Landesparteitag der SPD Berlin am 11. Oktober 2008

239 kriminalitätsgeneigte Jugendliche pünktlich einem Unterricht  
240 zuzuführen, dem sie nicht folgen können und wollen.

241

242 Ein Haupthindernis für die Integration der Kinder und ihre re-  
243 gelmäßige Teilnahme am Schulunterricht ist die fehlende Un-  
244 terstützung durch die Eltern und deren mangelnde pädagogi-  
245 sche Kompetenz. Vor allem bei migrantischen Familien muss  
246 die Bereitschaft gefördert werden, die Bildung ihrer Kinder im  
247 deutschen Schulsystem zu unterstützen. Der niederländische  
248 Schriftsteller Geert Mak bezeichnet „die verschlossene Welt  
249 der traditionellen, muslimischen Familie in der modernen euro-  
250 päischen Stadt als den unzugänglichsten Erdteil, der existier-  
251 t.“ Hier müssen strukturelle Rahmenbedingungen geschaffen  
252 werden um Separierungstendenzen und der Bildung von Paral-  
253 lelgesellschaften entgegen zu wirken. Der Mangel an Sprach-  
254 kenntnissen und der fehlende Zugang der Eltern zur Schule  
255 führen dazu, dass sie das Schulverweigerungsverhalten ihrer  
256 Kinder nicht überblicken oder aus Überforderung billigend hin-  
257 nehmen.

258

259 Eltern müssen in ihrer Fähigkeit bestärkt werden, ihre Kinder in  
260 der Schule zu unterstützen. Schulen müssen darin gestärkt  
261 werden, Eltern mehr in die Pflicht nehmen zu können, wenn es  
262 um die Durchsetzung des regelmäßigen Schulbesuchs ihrer  
263 Kinder geht.

264

265 Gleichwohl ist der Effekt nicht zu unterschätzen, wenn es ge-  
266 lingt, den Schulverweigerern die Vorbildfunktion zu nehmen.  
267 Auch deshalb müssen gerade die besonders betroffenen Schu-  
268 len im Umgang mit Schulverweigerern gestärkt werden. Wir  
269 fordern:

270

- Schulstationen an allen Grundschulen,
- den Einsatz von besonders geschulten Pädagogen, die in gezielter Betreuung Schulverweigerer dabei unterstützen, wieder Anschluss an den Klassenverband zu finden,
- Zusammenarbeit mit freien Trägern, die durch aufsuchende Sozialarbeit Schüler zum Schulbesuch motivieren und die Bildungsbereitschaft der Familien stärken,
- eine in den Lehrplänen verankerte, affirmative Auseinandersetzung mit Sekundärtugenden wie Pünktlichkeit, Ordnung, Fleiß, Pflichtbewusstsein und Gewissenhaftigkeit,
- in Zusammenarbeit mit der IHK und der Handwerkskammer die Entwicklung eines Betreuungskonzepts durch die Berliner Wirtschaft mit dem Ziel, die Ausbildungsfähigkeit und Vermittelbarkeit von Jugendlichen auf Hauptschulniveau zu erhöhen, und
- die modellhafte Einrichtung eines Internats für besonders schwierige Schülerinnen und Schüler.

287

### 288 Säule 3: Konsequenz im Umgang mit Schulverweigerung

289 Der Grundsatz, dass Kinder und Jugendliche zur Schule gehen  
290 müssen, gilt für alle. Die Regel ist unabhängig vom kulturellen  
291 Hintergrund der Familien leicht zu verstehen. Sie ist konse-  
292 quent durchzusetzen. Wir fordern:

293

- ein besonderes Augenmerk auf die Durchsetzung der Schulpflicht in der Woche vor und nach Ferienbeginn und -ende (z.B. durch Kontrollen auf Flughäfen),
- die Pflicht zur Erstattung von Schulversäumnisanzeigen spätestens nach fünfmaligem Schwänzen im Halbjahr,
- den sofortigen Aufbau eines zentralen Schüler-Verzeichnisses, das es der Polizei ermöglicht, aufgegriffene Kinder

299

zum Umgang mit Jugendlichen aus bildungsfernen El-  
ternhäusern **zu erarbeiten und zum nächsten Landespar-  
teitag am 25.04.2009 vorzulegen.**

Im Einzelnen bedeutet dies:

### **Säule 1: Qualitätsoffensive**

Die durch das neue Schulgesetz und den Aufbau von Ganztags-Grundschulen begonnene Qualitätsoffensive muss fortgesetzt und verstärkt werden. Wir fordern:

- die schnellstmögliche Einführung der Gemeinschaftsschule, wobei als erster Schritt die Hauptschule abzuschaffen ist,
- den Ausbau aller Schulen zu Ganztagschulen, beginnend in sozial besonders belasteten Stadtteilen,
- die Entwicklung von geeigneten Ganztags-Angeboten (auch in Zusammenarbeit mit freien Trägern) zur gezielten Unterstützung der Schülerinnen und Schüler, die zuhause keine geeignete Arbeitsumgebung finden,
- die Stärkung der Sozialraum-Orientierung der Schulen,
- Weiterbildung von Lehrerinnen und Lehrern in zielgruppenorientierter Didaktik und im Umgang mit Schulverweigerern,
- mehr Lehrerinnen und Lehrer mit Migrationshintergrund in stark von Einwanderung geprägten Stadtteilen,
- Einführung von Elternkursen in der Schule mit dem Ziel, dass Eltern ihr Kind besser unterstützen, und
- die weitere Verbesserung der Betreuungssituation durch „Doppelsteckung“ oder Absenkung der Klassenfrequenzen (Beachtung des Parteitagsbeschlusses zur Absenkung auf Klassenstärke 20 ab einem Anteil nichtdeutscher Herkunftssprache von 40 %).

### **Säule 2: Präventive Ansätze stärken**

Angesichts der hohen Zahl einzelner Akte der Schulverweigerung scheint die Zahl der Schulversäumnisanzeigen überraschend niedrig (Beispiel Neukölln 2007: Grundschulen rund 280, Hauptschulen 150, Gesamtschulen 140). Grundsätzlich ist es richtig, dass Lehrer und Schulleitungen zunächst versuchen, das Problem auf ihrer Ebene zu lösen. Dennoch wird auch bei Erfolglosigkeit dieses Ansatzes nicht immer die Unterstützung der Schulaufsicht gesucht. Tatsache ist: Für die Schulen ist wenig gewonnen, wenn der Kampf gegen Schulverweigerung sich darauf beschränkt, schuldistanzierte, im Einzelfall auch kriminalitätsgeneigte Jugendliche pünktlich einem Unterricht zuzuführen, dem sie nicht folgen können und wollen.

Ein Haupthindernis für die Integration der Kinder und ihre regelmäßige Teilnahme am Schulunterricht ist die fehlende Unterstützung durch die Eltern und deren mangelnde pädagogische Kompetenz.

Eltern müssen in ihrer Fähigkeit bestärkt werden, ihre Kinder in der Schule zu unterstützen. Schulen müssen darin gestärkt werden, Eltern mehr in die Pflicht nehmen zu können, wenn es um die Durchsetzung des regelmäßigen Schulbesuchs ihrer Kinder geht.

Gleichwohl ist der Effekt nicht zu unterschätzen, wenn es gelingt, den Schulverweigerern die Vorbildfunktion zu

## Landesparteitag der SPD Berlin am 11. Oktober 2008

- 300 und Jugendliche unverzüglich ihrer Schule zuzuordnen,  
301 • die Unterrichtung der Jugendhilfe über jede Schulver-  
302 säumnisanzeige,  
303 die Einleitung amtlicher Ermittlungsvorgänge und ggf.  
304 Anrufung des Familiengerichts wegen Kindeswohlgefähr-  
305 dung, sobald dem Jugendamt zwei Schulversäumnisanzei-  
306 gen bekannt geworden sind,  
307 • die Regelüberprüfung nicht strafmündiger Straftäter, ob  
308 sie auch als Schulverweigerer auffällig geworden sind. In  
309 diesen Fällen ist stets gegen die Familien wegen Kindes-  
310 wohlgefährdung vorzugehen,  
311 • lösungsorientierte, enge Abstimmung zwischen den für  
312 Jugendliche und Kinder zuständigen Behörden (ggf. auch  
313 Polizei, Ausländerbehörde, Gerichte und Jobcenter),  
314 • Weiterbildung für Jugendamtsmitarbeiter, damit sie dem  
315 staatlichen Wächteramt vor Gericht effektiv Geltung ver-  
316 schaffen können, und  
317 • den familiengerichtlichen Entzug des Sorgerechts, wenn  
318 Kinder durch Schulverweigerung und Straftaten gefährdet  
319 sind, in den Schwellen- und Intensivtäterbereich abzurufen.  
320

321  
322 Uns ist bewusst, dass ein solches Landesprogramm erhebliche  
323 zusätzliche Mittel beansprucht, auch im Bereich der Jugendhil-  
324 fe. Wir sind jedoch überzeugt, dass es mittel- und langfristig  
325 nicht nur im Sinne des sozialdemokratischen Bildes einer Ge-  
326 sellschaft von selbstbestimmten und solidarischen Bürgerin-  
327 nen und Bürgern gerechtfertigt ist. Durch die Verbesserung der  
328 Lebens- und Berufschancen der betroffenen Kinder und Ju-  
329 gendlichen wird es sich sogar volks- und hauswirtschaftlich  
330 bewähren. Denn auf lange Sicht ist nichts so teuer wie ein  
331 nicht in die Gesellschaft integrierter Mensch.  
332

### 333 **6. Rahmenbedingungen verbessern / Familienförderung re-** 334 **formieren**

335 Die Anstrengungen eines einzelnen Bundeslandes bei der so-  
336 zialen Integration sind zum Scheitern verurteilt, solange der  
337 bundesrechtliche Rahmen einer emanzipatorischen, vorsor-  
338 genden Sozialstaatspolitik im Wege steht. Deutschland ist das  
339 Land in Europa, das am meisten Geld in die Kinder- und Famili-  
340 enförderung investiert. Umfassender Erfolg bei der Integration  
341 von Kindern und Jugendlichen und bei der Vermeidung von  
342 Kinderarmut bleibt jedoch aus. Schlimmer noch: Gerade in  
343 Deutschland sind Herkunft und familiärer Hintergrund heute  
344 in höherem Maße entscheidend für die Lebenschancen eines  
345 Kindes als noch vor dreißig Jahren.  
346

347 Die konservative Forderung nach einer Erhöhung und stärkeren  
348 Staffelung des Kindergeldes birgt die Gefahr, dass die Miss-  
349 stände sich verschlimmern. Der internationale Vergleich zeigt,  
350 dass Deutschland nicht zu wenig Geld in Kinder und Familien  
351 investiert, sondern dass es seine finanziellen Anstrengungen  
352 durch Fehlsteuerung versanden lässt. Es ist nicht nur widersin-  
353 nig, sondern sogar schädlich, dort Kindergeld zu zahlen, wo es  
354 Kindern erkennbar in keiner Weise zugute kommt.  
355

356 Voraussetzung für einen effektiven Mitteleinsatz ist nicht die  
357 Erhöhung der Individualförderung, sondern ein radikaler Para-  
358 digmenwechsel weg von der Individualförderung und hin zur  
359 institutionellen Förderung. Auch das Beispiel Berlins, wo ge-  
360 rade die einkommensschwächsten, in hohem Maße von Trans-

nehmen. Auch deshalb müssen gerade die besonders be-  
troffenen Schulen im Umgang mit Schulverweigerern ge-  
stärkt werden. Wir fordern:

- Schulstationen an allen Grundschulen,
- den Einsatz von besonders geschulten Pädagogen, die in gezielter Betreuung Schulverwei-gerer dabei unterstüt-zen, wieder Anschluss an den Klassenverband zu finden,
- Zusammenarbeit mit freien Trägern, die durch aufsu-chende Sozialarbeit Schüler zum Schul-besuch motivieren und die Bildungsbereitschaft der Familien stärken,
- eine affirmative Auseinandersetzung mit Sekundärtü-genden wie Pünktlichkeit, Ordnung, Fleiß, Pflichtbe-wusstsein und Gewissenhaftigkeit,
- in Zusammenarbeit mit der IHK und der Handwerks-kammer die Entwicklung eines Betreu-ungskonzepts durch die Berliner Wirtschaft mit dem Ziel, die Ausbil-dungsfähigkeit und Vermittelbarkeit von Jugendlichen auf Hauptschulniveau zu erhöhen, und
- die modellhafte Einrichtung eines Internats als zusätzli-ches Angebot für besonders hilfsbe-dürftige Schülerinnen und Schüler und ihrer Eltern zu prüfen.

### **Säule 3: Konsequenz im Umgang mit Schulverweigerung**

Der Grundsatz, dass Kinder und Jugendliche zur Schule gehen müssen, gilt für alle. Die Regel ist unabhängig vom kulturellen Hintergrund der Familien leicht zu verstehen. Sie ist konsequent durchzusetzen.

Uns ist bewusst, dass ein solches Landesprogramm erhebliche zusätzliche Mittel beansprucht, auch im Bereich der Jugendhilfe. Wir sind jedoch überzeugt, dass es mittel- und langfristig nicht nur im Sinne des sozialdemokratischen Bildes einer Gesellschaft von selbstbestimmten und solidarischen Bürgerinnen und Bürgern gerechtfertigt ist. Durch die Verbesserung der Lebens- und Berufschancen der betroffenen Kinder und Jugendlichen wird es sich sogar volks- und hauswirtschaftlich bewähren. Denn auf lange Sicht ist nichts so teuer wie ein nicht in die Gesellschaft integrierter Mensch.

### **6. Rahmenbedingungen verbessern / Familienförderung reformieren**

Die Anstrengungen eines einzelnen Bundeslandes bei der sozialen Integration sind zum Scheitern verurteilt, solange der bundesrechtliche Rahmen einer emanzipatorischen, vorsorgenden Sozialstaatspolitik im Wege steht. Deutschland ist das Land in Europa, das am meisten Geld in die Kinder- und Familienförderung investiert. Umfassender Erfolg bei der Integration von Kin-dern und Ju-gendlichen und bei der Vermeidung von Kinderarmut bleibt jedoch aus. Schlimmer noch: Gerade in Deutschland sind Herkunft und familiärer Hintergrund heute in höhe-rem Ma-ße entscheidend für die Lebenschancen eines Kindes als noch vor dreißig Jahren.

Die konservative Forderung nach einer Erhöhung und stärkeren Staffelung des Kindergeldes birgt die Gefahr, dass die Missstände sich verschlimmern. Der internatio-nale Vergleich zeigt, dass Deutschland nicht zu wenig Geld in Kinder und Familien investiert, sondern dass es seine finanziellen Anstrengungen durch Fehlsteuerung

## Landesparteitag der SPD Berlin am 11. Oktober 2008

361 ferleistungen abhängigen Schichten die meisten Kinder be-  
362 kommen, zeigt: Deutschlands Kinder brauchen nicht mehr Kin-  
363 dergeld. Sie brauchen bessere Bildungseinrichtungen und pro-  
364 fessionelle Betreuung, wo Eltern und Familien versagen.

365

366 Wir fordern deshalb:

- 367 • auf jede Erhöhung des Kindergeldes und eine stärkere  
368 Staffelung zugunsten des dritten, des vierten  
369 oder weiterer Kinder zu verzichten. Perspektivisch ist im  
370 Sinne der Empfehlungen der OECD eine Umsteuerung  
371 durch Abbau des Kindergeldes und Ausbau kostenloser  
372 Bildungs- und Betreuungsangebote von Kindergarten,  
373 Schule, Berufsschule und Hochschule anzustreben.
- 374 • das Kindergeld als Familien individuell fördernde Leistung  
375 zumindest im Bereich der Schulpflicht von der Erfüllung  
376 der elterlichen Fürsorgepflichten abhängig zu machen,  
377 nach dem Grundsatz: Kommt das Kind nicht in die Schule,  
378 dann kommt das Kindergeld nicht aufs Konto. In diesem  
379 Zusammenhang muss über weitere Sanktionsmodelle (z.B.  
380 Führerscheinentzug) nachgedacht werden.
- 381 • ggf. abhängig von amtsärztlich festgestellten Entwick-  
382 lungsdefiziten eine Vorschulpflicht ab dem vollendeten  
383 dritten Lebensjahr einzuführen.

versanden lässt. Es ist nicht nur widersinnig, sondern  
sogar schädlich, dort Kindergeld zu zahlen, wo es Kindern  
erkennbar in keiner Weise zugute kommt.

Voraussetzung für einen effektiven Mitteleinsatz ist nicht  
die Erhöhung der Individualförder-ung, sondern ein radi-  
kaler Paradigmenwechsel weg von der Individualförde-  
rung und hin zur institutionellen Förderung. Auch das  
Beispiel Berlins, wo gerade die einkommensschwächsten,  
in hohem Maße von Transferleistungen abhängigen  
Schichten die meisten Kinder bekommen, zeigt: Deutsch-  
lands Kinder brauchen nicht mehr Kindergeld. Sie brau-  
chen bessere Bildungsein-richtungen und professionelle  
Betreuung, wo Eltern und Familien versagen.

Wir fordern deshalb:

- auf jede Erhöhung des Kindergeldes und eine stärkere  
Staffelung zugunsten des dritten, des vierten
- oder weiterer Kinder zu verzichten. Perspektivisch ist im  
Sinne der Empfehlungen der OECD eine Umsteuerung  
durch Abbau des Kindergeldes und Ausbau kostenloser  
Bildungs- und Betreuungsangebote von Kindergarten,  
Schule, Berufsschule und Hochschule anzustreben.
- ggf. abhängig von amtsärztlich festgestellten Entwick-  
lungsdefiziten eine Vorschulpflicht ab dem vollendeten  
dritten Lebensjahr einzuführen.

---

Folgende Antragsteile wurden aus dem Beschlusstext  
herausgelöst und an die Fachausschüsse IV Familien-,  
Kinder und Jugendpolitik, V / Stadt des Wissens - AG  
Schule und III I Inneres **mit Berichtspflicht für den LPT am  
25.04.2009 überwiesen:**

Wir fordern:

- ein besonderes Augenmerk auf die Durchsetzung der  
Schulpflicht in der Woche vor und nach Ferienbeginn und  
-ende (z.B. durch Kontrollen auf Flughäfen),
- die Pflicht zur Erstattung von Schulversäumnisanzeigen  
spätestens nach fünfmaligem Schwänzen im Halbjahr,
- den sofortigen Aufbau eines zentralen Schüler-Ver-  
zeichnisses, das es ermöglicht, aufgegrif-fene Kinder und  
Jugendliche unverzüglich ihrer Schule zuzuordnen,
- die Unterrichtung der Jugendhilfe über jede Schulver-  
säumnisanzeige,
- die Einleitung amtlicher Ermittlungsvorgänge und ggf.  
Anrufung des Familiengerichts we-gen Kindeswohlge-  
fährdung, sobald dem Jugendamt zwei Schulversäumnis-  
anzeigen be-kannt geworden sind,
- die Regelüberprüfung nicht strafmündiger Straftäter, ob  
sie auch als Schulverweigerer auf-fällig geworden sind. In  
diesen Fällen ist stets gegen die Familien wegen Kindes-  
wohlgefähr-dung vorzugehen,
- lösungsorientierte, enge Abstimmung zwischen den für  
Jugendliche und Kinder zuständigen Behörden (ggf. auch  
Polizei, Ausländerbehörde, Gerichte und Jobcenter),
- Weiterbildung für Jugendamtsmitarbeiter, damit sie  
dem staatlichen Wächteramt vor Gericht effektiv Geltung  
verschaffen können, und
- den familiengerichtlichen Entzug des Sorgerechts, wenn  
Kinder durch Schulverweigerung und Straftaten gefähr-

## **Landesparteitag der SPD Berlin am 11. Oktober 2008**

det sind, in den Schwellen- und Intensivtäterbereich ab